

## 4 Die allgemeinbildende Oberstufe<sup>24</sup> – Erneuerungen verwirklichen

Manche populäre Politiker und andere Zeitgenossen – man erinnere sich an die Auseinandersetzungen in Hamburg im Jahr 2011 – sehen in diesem Teil unseres Bildungssystems immer noch das aus ihrer Sicht unverzichtbare und herausragende Element der Chancenverteilung und der Teilhabe an den Machtpositionen in unserer Gesellschaft, da nur durch sie bei ihren Absolventen die Studierfähigkeit erbracht und die Voraussetzungen zu einem wissenschaftlichen Studium geboten werden. Auch wenn dafür immer wieder Abschottungsmechanismen (z.B. die Erhöhung der Belegungsverpflichtung in klassischen Hauptfächern) bewusst eingesetzt werden oder als Nebenwirkung anderer Maßnahmen wie der Schulzeitverkürzung eintreten, so folgen weite Teile der Bevölkerung genau dieser Vorstellung und setzen alles daran, diese Stufe zu erreichen und erfolgreich mit dem Abitur abzuschließen. Hieraus aber auch aus Kapazitätsgrenzen der dualen und beruflichen Bildung erklärt sich der immer noch große Zustrom in diesen Bildungsbereich.<sup>25</sup>

Aufgrund der Hoheit der Länder für den Bildungsbereich, die durch das Föderalismusgesetz noch deutlich verstärkt wurde und angesichts unterschiedlicher politischer Ausrichtungen der Landesregierungen, haben sich die konkreten Umsetzungen der KMK-Vorgaben für den Bereich der Oberstufe erheblich auseinander entwickelt. Allerdings stellt sich die politische Situation nach den letzten Wahlen, insbesondere aufgrund der Regierungskonstellation in Baden- Württemberg und der Stärkung der Rot-Grünen-Koalition in NRW inzwischen anders dar. Deshalb müssen wir uns innerhalb der GEW, und hier sind auch die beruflichen Fachgruppen zu beteiligen, schnellstmöglich auf gemeinsame Position verständigen und konkrete Forderungen aufstellen.

Wir sind mit vielen anderen der Meinung, dass die grundsätzlichen Ideen der Reform der Oberstufe des Jahres 1972 – Gleichwertigkeit der Fächer, individuelle Wahlmöglichkeiten, Studien- und Berufsvorbereitung – weiterhin Bestand haben sollen. Diese müssen um neuere Konzepte für den Unterricht mit jungen Erwachsenen unter Beachtung der Einschränkungen ergänzt werden, die sich u.U. aus der veränderten Schulzeit bis zum Abitur, der größer werdenden Heterogenität der Schülerinnen und Schülergruppen und den Zwängen der verschiedenen Formen des Zentralabiturs ergeben.

### 4.1 Zum Hintergrund

Die gymnasiale Oberstufe war und ist ein politisch stark umkämpfter Bereich, weil sich hier die gegensätzlichen Bildungskonzepte einer selbstbestimmten, kritischen, vertieften Allgemeinbildung und einer auf weiterführende Verwertbarkeit abzielenden Ausbildung gegenüber stehen. 1972 gelang einer mehrheitlich sozialdemokratisch besetzten Kultusministerkonferenz ein Durchbruch zu einer

---

<sup>24</sup> „Allgemeinbildender Sekundarbereich II

Zum allgemeinbildenden Teil des Sekundarbereichs II werden hier neben der gymnasialen Oberstufe (an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Förderschulen und Freien Waldorfschulen) auch die Fachoberschulen, Fachgymnasien und Berufs-/ Technischen Oberschulen gezählt.“ Aus [4]

<sup>25</sup> „Übergang in einen allgemeinbildenden Bildungsgang des Sekundarbereichs II

Am Ende der Jahrgangsstufe 9 oder 10 der allgemeinbildenden Schule können die Schülerinnen und Schüler je nach erworbenem Abschluss entweder in den allgemeinbildenden Sekundarbereich II, in eine berufliche Ausbildung (vgl. E) oder in Ausnahmefällen auch direkt in den Arbeitsmarkt übergehen. Einen allgemeinbildenden Bildungsgang des Sekundarbereichs II haben im Schuljahr 2008/09 ca. 517.000 Schülerinnen und Schüler begonnen (Tab. D1-7web). Fast zwei Drittel dieser Übergänge entfielen auf Gymnasien, 7% gingen in den Sekundarbereich II einer anderen allgemeinbildenden Schule über, und 30% waren Neuanfänger an Fachgymnasien, Fachoberschulen und Berufs- bzw. Technischen Oberschulen.“ Aus [4] S. 66

einer Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe (NGO siehe [2]): Es gab eine Verständigung darüber, dass exemplarisches wissenschaftspropädeutisches Arbeiten in allen Fächern möglich sei. Diese prinzipielle Gleichwertigkeit der Fächer machte ein Strukturmodell mit zwei sechsstündigen Leistungskursen und dreistündigen Grundkursen in einem sprachlich-literarisch-künstlerischen, einem gesellschaftswissenschaftlichen und einem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld möglich. Dieses Strukturmodell stellte eine didaktisch begründete Balance zwischen Konzentration auf Schwerpunkte und Beschäftigung mit Themen in der Breite dar. Altersadäquat wurde der Klassenverband zugunsten eines Kurssystems aufgelöst und Schülerinnen und Schüler durchaus umfassende und weitreichende Wahlentscheidungen für ihren individuellen Bildungsweg abgefordert. Je nach Größe der Sekundarstufe II, der jeweiligen personellen und sächlichen Ausstattung, der örtlichen Traditionen und Gegebenheiten sowie der Möglichkeiten zur Kooperation mit benachbarten Oberstufen hatten die einzelnen Schulen hier mehr oder weniger zu bieten. Während in Ballungsgebieten die individuellen Wünsche ggf. auch durch einen Schulwechsel in berufliche zur Hochschulreife führende Bildungsgänge realisiert werden konnten blieben die Wahlmöglichkeiten – hier gab und gibt es oft nur die Wahl zwischen verschiedenen Profilen - im ländlichen Bereich beschränkter, ohne dass das grundsätzliche Konzept aufgegeben werden musste. Dies zusammen machte die Vorstellung einer zeitgemäßen Vorbereitung auf ein Studium oder auf eine Berufsausbildung aus.

In den Augen der GEW war die NGO keineswegs ein genialer Entwurf. Eine Wunschvorstellung hatte Andreas Gruschka nach Erarbeitung durch Gruppen der GEW pointiert unter dem Titel „Lernen im Medium des Berufs“ formuliert. Weitere Kritikpunkte und eine Sammlung von Entwicklungsaufgaben, die bis heute nur in geringem Maß angegangen wurden, sind in dem GEW-Grundsatzpapier „Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen durch Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe“<sup>26</sup> nachzulesen. Trotz aller Kritik war allerdings unstrittig, dass diese Reform der gymnasialen Oberstufe von 1972 so grundlegend war und auf Grund ihrer offenen Struktur auch an zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen angepasst werden könnte, dass sich ihre konstruktive Entwicklung lohnen würde. Insofern haben wir die Einführung der NGO mitgetragen.

---

<sup>26</sup> „Ein schwerwiegender Mangel aus Sicht der GEW ist, dass die Reform nicht konsequent zu Ende geführt wurde. Dies zeigt sich insbesondere darin, • dass für die Grundkurse nach wie vor eine eigenständige Konzeption fehlt, • die Entwicklung Erwachsener gerechter Lehr- und Lernmethoden nur in Ansätzen Eingang in die gymnasiale Oberstufe gefunden haben und • die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung nicht realisiert wurde.“

**„Entwicklungsaufgabe: zukunftsfähige Strukturen und Inhalte**

Fächerübergreifender Unterricht, eigenständiges Konzept für Grundkurse, Oberstufenspezifische Lehr- und Lernformen, Orientierung auf Berufs- und Arbeitswelt, Neue Formen von Leistungsnachweisen, Konzepte für kleine Oberstufen

**Entwicklungsaufgabe: höchst möglicher Bildungsabschluss für alle**

Individualisierung und differenzierte Förderung, Zugang zur gymnasialen Oberstufe erweitern, Erweiterung der Wege zur Hochschulreife

**Entwicklungsaufgabe: Verhältnis von beruflicher und allgemeiner Bildung klären**

**Erwartungen an Lehrende**

Heterogenität zur Kenntnis nehmen, Erweitertes Methodenrepertoire und Beratungsaufgaben, interdisziplinäres Arbeiten

**Rahmenbedingungen**

System der Diagnose und Förderung einrichten, Laufbahnberatung, Umgestaltung der Aus- und Fortbildung, Bildungsausgaben erhöhen“ aus [5]

## 4.2 Die Restaurationsbestrebungen

Anders sahen und sehen dies konservative Bildungspolitikerinnen und -politiker. Ihre Kritikpunkte bestanden wesentlich in dem Verdacht des Ausweichens der Schülerinnen und Schüler auf sogenannte anspruchslosere Fächer im Rahmen der Wahlmöglichkeiten, des scheinbaren Verlusts breiter Allgemeinbildung durch das Konzept der prinzipiellen Gleichwertigkeit der Fächer und der Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler, sich im Rahmen zweier Leistungskurse zu spezialisieren, woraus ihrer Meinung nach eine fehlende Vergleichbarkeit der im Abitur erbrachten Leistungen folgte. In der Anfangsphase der Umsetzung hat es hier sicher auch Schwächen gegeben, da die bisherigen „Nebenfächer“ zunächst ja eine deutliche curriculare Entwicklung durchlaufen mussten, um dasselbe Anforderungsniveau wie die herkömmlichen „Hauptfächer“ zu erlangen. Insgesamt wurde durch diese neue Gewichtung aller Fächer aber eine Erhöhung des Niveaus erreicht. Einige gesamtgesellschaftlich nicht dauerhaft vermittelbaren Elemente wie die vollständige Abwahl von Deutsch wurden in großer Einmütigkeit zügig rückgängig gemacht.

Inzwischen haben sich aber leider die Traditionalisten mit ihrer Sichtweise in großem Umfang durchgesetzt. 1997 beschloss die KMK nach intensivem Drängen der damals CDU-geführten Baden-Württembergischen Landesregierung relativ unkommentiert von der Bildungsöffentlichkeit eine große Revision der NGO<sup>27</sup>, die aus unserer Sicht inhaltlich ihrer Abschaffung gleich kommt, obwohl sie sich formal immer noch darauf bezieht und auch die Zielsetzungen der vertieften Allgemeinbildung, der allgemeinen Studierfähigkeit und der wissenschaftspropädeutischen Bildung ebenso erhalten geblieben sind wie die Orientierung an den drei Aufgabenfeldern. (siehe [7])

**Zurückgenommen** wurde das Konzept der prinzipiellen Gleichwertigkeit der Fächer. Stattdessen gibt es wieder die alten Hauptfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, die in besonderer Weise auch für die Abiturprüfung verpflichtend sind.

**Zurückgenommen** wurde das Konzept der Strukturierung des Bildungsgangs in (dreistündige) Grund- und inzwischen sowieso nur noch fünfstündige Leistungskurse, die durch exemplarisches Lernen eine vertiefte Bildung ermöglichen sollten. Stattdessen gibt es insgesamt mehr Pflicht- und Wahlfächer und die Erteilung des Unterrichts auf zwei unterschiedlichen Anforderungsniveaus. Inzwischen überwiegt die Anzahl der Bundesländer die Konzepte mit drei vierstündigen Kursen auf erhöhtem Niveau, mit durchgängiger Belegung „basaler“ Fächer und eine Heraufsetzung der Fächerzahl und Klausurleistungen bei gleich gebliebenem Gesamtstundenvolumen verlangen. Diese Festlegungen haben eine geringere Stundenzahl der einzelnen Fächer zur Folge.

**Zurückgenommen** wurde das Konzept einer individuellen Profilierung der Schülerinnen und Schüler auf der Basis von Wahlentscheidungen. Stattdessen gibt es in den meisten Bundesländern zu Beginn der Qualifikationsphase in der Regel lediglich die Entscheidung für eins von mehreren Profilen. Die dann noch möglichen Entscheidungen zwischen Fächeralternativen sind eher gering.

Alle diese Entwicklungen führen nicht zu Leistungssteigerungen oder einer wie auch immer gearteten Qualitätszunahme im Abitur (siehe TOSCA-Studie [3]), sie führen auch nicht zu mehr Abiturientinnen und Abiturienten oder der Reduzierung von schichtenspezifischen oder kulturell bedingten Selektionsbeschränkungen. Sie sind Ausdruck eines konservativen Bildungs- und Leistungsverständnisses mit allen bekannten Folgen.

---

<sup>27</sup> siehe „Mainzer Kompromiss“ von 1995 und „Husumer Beschlüsse“ von 1999

## **Zusammenfassend lautet unsere Kritik:**

Die allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe wird in inhaltlicher, didaktischer und methodischer Hinsicht zunehmend zu einer Verlängerung der Sekundarstufe I und bereitet in enger werdender Weise auf das nachfolgende Bachelorstudium vor ohne je eine angemessene fachliche Tiefe und eine vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln.

### **4.3 Zur Weiterentwicklung in unserem Sinne**

Dr. Josef Keuffer, langjähriger wissenschaftlicher Leiter des Oberstufenkollegs Bielefeld, schreibt in seinem Vorwort zum schon angegebenen Buch: „Viele Entwicklungswege bis zu einer erneuten Reform der Oberstufe sind noch zu erschließen. Es wäre jedoch eine nur ironisch zu interpretierende Nebenfolge, wenn der Anstoß zur Kompetenzorientierung, den PISA mittelbar auch für die Oberstufe gegeben hat, bildungspolitisch dazu genutzt würde, die Zukunft der Oberstufe durch die Restauration einer vergangenen Form wieder zu verschließen. Neue Wege werden nur dann möglich, wenn Freiräume für Schulen und für das intensive Erleben und Arbeiten in ihnen eröffnet werden.

Die ästhetische Dimension muss in der Schule erhalten bleiben und nicht zugunsten dessen, was in Tests abgeprüft werden kann, geopfert werden. Künstlerische und musische Erfahrungen gehören unverzichtbar zum Schulleben in der Oberstufe. Die spezifische Förderung sprachlich-methodischer und mathematischer Kompetenzen in der Oberstufe ist ein aktuelles Ziel, das sich mit dem Ziel größerer Chancengerechtigkeit verbinden lässt. Konzepte zur Förderung basaler Kompetenzen liegen vor, sie werden jedoch im Rahmen der aktuellen Reform der Oberstufe zu wenig genutzt.

Bildung auf der Oberstufe verlangt mehr als die Einübung basaler Kompetenzen. Es geht um Wissenschaft und Spezialisierung, um den Erwerb von Partizipationskompetenz und Urteilskompetenz, um Herrschaft und Politik, um Konkurrenz und Mitgefühl, um die Interessenentwicklung junger Erwachsener und um den Erwerb von Selbstständigkeit. Das selbstständige Lernen (Bräu 2002<sup>28</sup>) ist eine hoch angesehene Lernform, gleichwohl ist sie die schwierigste Balanceübung, die die Oberstufe leisten muss. Darüber hinaus sind Berufsorientierung und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit wichtigen Bereichen des Lebens wie Arbeit, Liebe, Tod und Spiel wichtige Teile des Lernens in der Oberstufe. Die Gestaltung von Bildungsgängen der Sekundarstufe II sollte sich auch zukünftig daran orientieren.“<sup>29</sup>

### **4.4 Eine Schule für alle – auch in der SII ?**

In diesem Teil werden Visionen dargestellt, die ganz andere Organisationsformen enthalten, eine Öffnung für berufliche Felder enthalten und auch die Probleme „kleiner Oberstufe“ angehen.

---

<sup>28</sup> Bräu, K. (2002): Selbstständiges Lernen in der gymnasialen Oberstufe. Grundlagen – Fallbeispiel – Anregungen für die Praxis. Hohengehren: Schneider

<sup>29</sup> Aus [1] S. 10 f

Diese werden in einer gemeinsamen Fachsitzung der Bundesausschüsse Gesamtschule und Gymnasium entwickelt und in der Folge auch mit den Vertretern der beruflichen Schulen diskutiert.

## **4.5 Die Arbeitsfelder**

### **4.5.1 Konzepte zur Verbesserung der Studierfähigkeit**

(Portfolioarbeit, Methodencurriculum, Seminarfach, Präsentationsprüfungen).

### **4.5.2 Konzepte für den Weg in die vergleichbare berufliche Ausbildung**

### **4.5.3 Persönlichkeitsentwicklung als wichtiger Baustein**

Persönlichkeitsentwicklung ist Teil jeden Bildungsprozesses. Insofern in der Sekundarstufe I wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung geleistet werden, muss dieses Ziel in der Gymnasialen Oberstufe (GO) weiter verfolgt werden, indem entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Zu diesen gehören vor allem, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten "Verständnis für eine komplizierte und interdependente Gesellschaft" und "grundlegende wissenschaftliche Verfahrens- und Erkenntnisweisen" zu erlangen und dass sie die Fähigkeit zu "staatsbürgerlichem Handeln" erwerben. Außerdem sollten ihre "eigenen Möglichkeiten und Grenzen" erfahrbar gemacht und die "Bereitschaft zu Toleranz und Verständigung" gefördert werden.<sup>30</sup>

Es ist nicht erkennbar, dass diese Ziele mit den restriktiven Bestimmungen der KMK seit 1996 und der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8) erreicht werden. Tatsächlich erleben die Schülerinnen und Schüler seitdem eine immer stärkere Gängelung und einen wachsenden Zeitdruck, der in einem überhöhten Leistungsdruck mündet. Chancen, die sich gerade an der Nahtstelle zwischen Mittel- und Oberstufe bieten, wie z.B. ein längerer Auslandsaufenthalt oder die Teilnahme an einer Schülerakademie, werden immer weniger wahrgenommen. Aber gerade diese Maßnahmen fördern die Bereitschaft zu Toleranz und Verständigung. Zu bemängeln ist auch der geringe Anteil von Migrantinnen und Migranten in der GO, die allein durch ihre Anwesenheit kulturelle und religiöse Toleranz fördern würden.

In der GO bleibt auch viel zu wenig Zeit für fächerverbindende Lernformen. Dominanz und Verdichtung des Stoffes verhindern in allen Fächern, dass Sachverhalte tiefgehend durchleuchtet und damit verstanden werden können. Es gibt in einigen Bundesländern Tendenzen, dass insbesondere in den Fächern Politik und Wirtschaft soziale Inhalte zugunsten eines auf wirtschaftliche Verwertung orientierten (neoliberalen) Denkansatzes zurückgedrängt werden. Die Folge sind eine rückläufige Diskussionskultur und eine abnehmende Bereitschaft, Inhalte kritisch zu hinterfragen. Gleichgültigkeit gegenüber Inhalten bzw. Anpassung an Vorgaben sind die Folge. Der emanzipatorische Gedanke der Bildung verschwindet.

Der Leistungsdruck und eine mangelnde Feed-Back-Kultur schränken die Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler ein, ihre Potenziale und Grenzen zu erkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

---

<sup>30</sup> Zitate aus der Vereinbarung der KMK zur "Neuen Gymnasialen Oberstufe" [NGO]; 1972

Sehr kritisch sehen wir die zunehmende Bedeutung zentraler Prüfungen (in der Sek II das Zentralabitur), weil dadurch kognitive Inhalte und auf Reproduktion orientierte Methoden in den Mittelpunkt des Unterrichts geraten sind. Verstärkt durch die eingeschränkten Möglichkeiten zu individuellen Laufbahntscheidungen hat das zu einem Verlust von Neugier bei den Schülerinnen und Schülern geführt.

Insgesamt sehen wir in der Einführung der NGO (1972) einen wichtigen Schritt zu einer emanzipatorischen Bildung und halten die seit 1996 schrittweise erfolgte Zurücknahme zentraler Teile der NGO für falsch. Daher sollte bei der notwendigen Weiterentwicklung der GO wieder auf Grundstrukturen der NGO (vor allem Gleichwertigkeit der Fächer, Kurssystem mit Grund- und Leistungskursen, individuelle Profilierung durch größere Freiheit bei der Kurswahl) zurückgegriffen werden.

Wir sprechen uns für die folgenden konkreten Empfehlungen aus:

- Mehr Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler bei der Fächerauswahl und der Schwerpunktsetzung
- Erleichterung der Möglichkeit in der GO ein längeres, z.B. halbjähriges Praktikum durchzuführen
- Erleichterung von Auslandsaufenthalten - auch durch finanzielle Unterstützung
- Mehr projektorientierter Unterricht, der auch die Lebenswelt außerhalb der Schule einbezieht
- Stärkung demokratischer Strukturen in der Schule: Sowohl auf Ebene der Institution Schule, als auch im Unterricht, z.B. Mitwirkung bei der Auswahl von Lerninhalten

#### **4.5.4 Heterogenität –Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

Auch am Gymnasium ist eine zunehmende Heterogenität der Schülerschaft festzustellen. Dies spürt man besonders deutlich in den Großstädten, denn der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen wächst, unter anderem auch bedingt durch den zunehmenden Anteil von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft und die breitere soziale Streuung der aufgenommen Jugendlichen. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die eingeschränkten Wahlmöglichkeiten nun vermehrt Lernende mit unterschiedlich ausgeprägten Interessen in den selben Kursen sitzen. In einigen Bundesländern wird der Unterricht in der Oberstufe sogar wieder im Klassenverband erteilt.<sup>31</sup>

Angesichts der fortschreitenden Heterogenität unserer Schülerschaft ist es nachvollziehbar, dass eine gut gemachte Binnendifferenzierung als allgemeines Kriterium an den Unterricht und letztendlich auch der Lehrerbeurteilung von den Kultusministerien und der interessierten Öffentlichkeit eingefordert wird.

Dem stehen aber leider vielfach verschlechterte Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten entgegen. So sind in den letzten Jahren in vielen Bundesländern die Stundendeputate für die Unterrichtenden erhöht oder die Anrechnungsstunden<sup>32</sup> gekürzt, die Kursfrequenzen vergrößert oder - wie oben schon beschrieben - sogar wieder Klassenfrequenzen eingeführt worden.

---

<sup>31</sup> Dies gilt zur Zeit für die Länder Baden-Württemberg und Brandenburg.

<sup>32</sup> Anrechnungsstunden heißen in anderen Bundesländern Abminderungsstunden oder Entlastungsstunden

Diese Verdichtung der Arbeit geht einher mit weiteren vielfältigen neuen Aufgaben, die die Lehrerschaft in den letzten Jahren übernehmen musste. Wir erinnern nur an die Betreuung von Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer besonderen Lernleistung oder die Vorbereitung und Durchführung der zeitaufwändigen Präsentationsprüfungen, die als neue und durchaus sinnvolle Prüfungsform in fast allen Ländern eingeführt worden sind.

Geht man davon aus, dass Heterogenität auch eine verstärkte individuelle Förderung nach sich zieht, fragt man sich, weshalb das Rad insgesamt zurückgedreht wird:

Zentrale Prüfungen, Einführung von G 8, Wegfall des Brückenjahres II (hier könnte projektorientiert gearbeitet werden), Zunahme der Belegverpflichtungen, Einführung von Kerncurricula, Abschaffung der Gleichwertigkeit der Fächer, Einführung von Profiloberstufen, Arbeit im Klassenverband, Abschaffung des Leistungs- und Grundkurssystems – all dies ist bundesdeutsche Realität und steht der Herausbildung individueller Laufbahnen der Schülerinnen und Schüler und einer gezielten Förderung entgegen.

Deshalb ist es erforderlich, dass verschiedene grundlegende Entscheidungen wieder zurückgenommen werden. So dokumentieren die Auseinandersetzungen mit G 8 in Bayern und Hessen diesen Sachverhalt. Individuelle Förderung bei der größeren Heterogenität der Schülerschaft erfordert auch neue Formen der Leistungserbringung und Leistungsbewertung (Portfolioarbeit, Forschendes Lernen, Präsentationen), für die bei der extremen Stoff- und Zeitverdichtung und vor allem der Orientierung auf das Endziel (Zentral-) Abitur viel zu wenig Zeit bleibt. So etwas auszuprobieren, um tatsächlich binnendifferenziert arbeiten zu können, müsste das Gebot der Stunde und die Antwort auf die Zunahme der Heterogenität sein.

#### **4.5.5 Berufsorientierung stärken und erweitern**

Die Diskussion um die Berufsorientierung in der Oberstufe ist ein wesentlicher Aspekt der Diskussion um die gymnasiale Oberstufe insgesamt. Der Deutsche Bildungsrat empfahl 1969 eine „weitgehende organisatorische und curriculare Zusammenführung von allgemein- und berufsbildendem Schulwesen in der Sekundarstufe II“<sup>33</sup> und sah vor, studienbezogene Bildungsgänge mit mehr Praxisbezug auszustatten und berufsbezogene Bildungsgänge stärker theoretisch zu fundieren.

Bis in die 90er Jahre findet bei der KMK die Frage der Integration von Allgemein- und Berufsbildung Erwähnung, ohne jedoch eine berufsbezogene Komponente über Verweise auf Fachunterricht, Studienberatung und Praktika hinaus zu konkretisieren. Bei der Ausrichtung der gymnasialen Oberstufe steht Wissenschaftspropädeutik und der Blick auf Studium und akademische Berufe im Zentrum.

Der von KMK, Bundesanstalt für Arbeit und der Konferenz der Wirtschaftsminister 2007 unterzeichnete „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“<sup>34</sup> hat derzeit vor allem Auswirkungen auf die Sekundarstufe I, ist jedoch insgesamt ein markan-

---

<sup>33</sup> Deutscher Bildungsrat – Bildungskommission - Protokolle der 20. - 27. Sitzung der Bildungskommission (1. Amtszeit) / Deutscher Bildungsrat <Bonn-Bad Godesberg> 07.02.1969-13.02.1970.

<sup>34</sup> [www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/nationaler-pakt-fuer-ausbildung-und-fachkraeftenachwuchs-in-deutschland-2007-2010](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/nationaler-pakt-fuer-ausbildung-und-fachkraeftenachwuchs-in-deutschland-2007-2010)

ter Einschnitt. In vielen Bundesländern werden derzeit integrierte Konzepte für den Übergang aus der Schule in den Beruf entwickelt.

Das Gebot der Zurückhaltung bei der individuellen Berufsberatung und Eignungsdiagnose (Rahmenvereinbarung KMK 1971) weicht der Einladung an die Unternehmen, ihren Nachwuchs mit schulischer Hilfe zu rekrutieren. Partnerschaften von Schulen und Unternehmen sollen gegründet werden, damit betriebliche Beratung, berufliche Praxis sowie Weiterbildung für Lehrkräfte seitens der Unternehmen erfolgen kann mit der Zielrichtung, Qualitätssicherungssysteme zur Förderung der Berufsorientierung und Ausbildungsreife in Schulen aufzubauen.

Derzeit sind die Länder dabei, diesen Pakt umzusetzen. Während der Pakt seitens der Wirtschaft von Unternehmerverbänden dominiert wird (Arbeitskreise Schule und Wirtschaft), beabsichtigt der DGB (Arbeitskreise Schule und Arbeitswelt) gegenzusteuern und bei der Berufsorientierung den Blick insbesondere auf die Interessen der Schülerinnen und Schüler als künftige ArbeitnehmerInnen und Auszubildende zu lenken.

Die GEW ist am DGB-Projekt beteiligt. Darüber hinaus soll die GEW aber auch darauf hinwirken, dass die KMK ihre Steuerungsfunktion aktiv wahrnimmt und im Sinne der ursprünglichen Intention der Reformierten Oberstufe klärt, wie der Berufsbezug in der Gymnasialen Oberstufe auszugestalten ist.

Ausgangspunkt dabei soll nicht die Bedarfs- und Marktlage sein, sondern die Perspektive der Schülerinnen und Schüler, die Erwerbsarbeit in den eigenen Lebensentwurf zu integrieren (Hans-Böckler-Stiftung 2009). Die allgemeinbildende Schule muss die Rolle aktiv annehmen, Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten zu schaffen, die als Voraussetzung der subjektiven Orientierung dienen.

Der Anspruch der Qualitätssicherung der Berufsorientierung muss auch als Maßstab für die Angebote der Unternehmen eingefordert werden. Das heißt, dass auch betriebliche Praktika und Berufsinformationen an den Ansprüchen von SchülerInnen und Schulen zu messen sind. Ausreichende Praktikumsplätze müssen auch bei schlechterer Marktlage und in ländlichen Gebieten bereitgestellt werden.

Etwa die Hälfte der Abiturientinnen und Abiturienten beginnt nach dem Abitur eine Lehre. Die Entscheidung zwischen Lehre und Studium erfordert sowohl in der Schule als auch außerhalb spezielle Beratung und Unterstützung.

Eine aufwendige Beratung macht nur dann Sinn, wenn der nächste geplante Schritt auch realisierbar ist. Insofern sind die Studienplatz- und Ausbildungsplatzangebote auch den Bedarfen anzupassen, insbesondere in den Jahren der doppelten Abiturjahrgänge.

Für die Schulen erfordert die Umsetzung einer höheren Verbindlichkeit im Bereich der Berufsorientierung mehr Ressourcen, um die Aufgaben sinnvoll erfüllen zu können.

#### **4.5.6 Konkrete Modelle, die Spielräume nutzen**



**Wir als (Bundesfachgruppe Gymnasien der) GEW treten deshalb für eine gymnasiale Oberstufe ein, die Schülerinnen und Schüler individuell so fördert, dass sie einen höheren Schulabschluss erreichen, entsprechend ihren Wünschen eine berufliche Ausbildung im engeren Sinne oder einen Hochschulbildungsgang anschließen können und sie sich in ihren personalen und sozialen Kompetenzen altersgemäß wesentlich weiterentwickeln.**

Hierzu ist es erforderlich, dass

- die Jugendlichen vor dem Erreichen des mittleren Schulabschluss über alle möglichen Wege einer weiteren schulischen Qualifizierung umfassend informiert werden.
- der Übergang in die gymnasiale Oberstufe nur mit einem mittleren Schulabschluss erfolgt, um Schulabgänge aus der Oberstufe ohne Abschluss zu vermeiden.
- insbesondere für Absolventen reiner Schulformen der Sekundarstufe I und spezieller soziologischer Gruppen besondere Einführungen in die Arbeitsweise der Oberstufe erfolgen.
- die Verweildauer in der Regel drei Schuljahre beträgt.
- die Wahlmöglichkeiten für die Ausbildungsschwerpunkte wieder erhöht, der zeitliche Umfang der Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau wieder vergrößert und die gleichwertige Vertretung von Fächern für ihren Aufgabenbereich wieder anerkannt und umgesetzt wird.
- berufliche und lebenspraktische Erfahrungen sowie fächerübergreifende Problemstellungen und projektorientiertes Arbeiten einen größeren Stellenwert erhalten.

---

## Verwendetes Material

- [1] Josef Keuffer, Maria Kublitz-Kramer (Hrsg.), Was braucht die Oberstufe?, Diagnose, Förderung und selbständiges Lernen, Beltz-Verlag 2008, ISBN 978-3-407-25487-0
- [2] Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II, (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.07.1972)
- [3] Trautwein, Neumann, Nagy, Lüdtke, Maaz (Hrsg.), Schulleistungen von Abiturienten, Die neu geordnete Oberstufe auf dem Prüfstand, VS-Verlag 2010, ISBN 978-3-531-17586-7
- [4] Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2010
- [5] GEW-Script, Verantwortlich: Jochen Schweitzer, Welche Bildung für Beruf und Studium?, Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung in der Sekundarstufe II, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Frankfurt, Januar 1986
- [6] Beschluss Hauptvorstand der GEW, 5. November 2005, Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen durch Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe
- [7] Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II, (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.07.1972 i.d.F. vom 01.10.2010)